



## Für Stadt und Bevölkerung konnte großer Schaden gerade noch abgewendet werden

Am gestrigen Abend hob der beschließende Ferienausschuss die in der letzten Stadtratsitzung am 9. Juli 2020 gefasste Vergabeentscheidung zur Erneuerung des Wasserhochbehälters Bärnreuth einstimmig auf. Ebenso einstimmig beschlossen die Mitglieder die Vergabe neu an den wirtschaftlichsten Anbieter.



Der von außen unscheinbare Bärnreuther Wasserhochbehälter hält in zwei Behältern à 50m<sup>3</sup> das Trinkwasser für den hoch gelegenen Stadtteil vor. Sein Innenleben muss mit demselben Kapazitätsumfang komplett erneuert werden.

*(Foto: Albrecht Diller)*

Was war geschehen? Die Juli-Sitzung war insofern außergewöhnlich, weil drei Mitglieder der SPD-Stadtratsfraktion und zwei der Freien Wähler, alle fünf entschuldigt fehlten. Da alle sieben Mitglieder der CSU-Fraktion anwesend waren, bedeutete diese nicht vorhersehbare Ausnahmesituation für den ganzen Abend im äußersten Fall eine sieben zu fünf Stimmenmehrheit für die Christsozialen.

Das vom Fachingenieur-Büro vorgeschlagene und von der Verwaltung in die Beschlussvorlage übernommene Angebot stammte von der ASK August Schneider GmbH Co. KG Kulmbach (ASK). Es handelte sich um ein Hauptangebot mit einer Grund- und einer Wahlposition mit Ausführung in preiswerteren Bestandteilen, die jedoch in der geforderten Lebens- und Betriebsdauer als gleichwertige Alternative zu den früher üblichen, teureren Materialien gelten. Dies ist beispielsweise der Fall, wenn Rohre aus Kunststoff anstatt Edelstahl verbaut werden. Das nächst höhere Angebot stammte von der Lippolt GmbH aus Weidenberg. Es lag um rund 20.600,- Euro, und damit um neun Prozent, über der günstigsten ASK-Variante. Als alleiniges Zuschlagskriterium für die Auftragsvergabe war allerdings allein der Preis definiert.

CSU-Ortsverbandsvorsitzender und Fraktionsvize Christof Seidel trug damals dazu vor, dass die Angebote in der Fraktion besprochen worden waren. Wegen der ihrer Meinung nach höheren Langlebigkeit sei es dennoch letztlich wirtschaftlicher, dem Lippolt-Angebot den Zuschlag zu



geben. Da sich das favorisierte Lippolt-Angebot auch noch im Rahmen der Kostenschätzung lag, glaubte er eine Auswahlmöglichkeit zu haben. Daran hielt er auch im nachfolgenden kurzen Wortwechsel mit Bautechniker Daniel Färber und dessen Argumentation unverrückbar fest. Das im Raum stehende Votum für ein teureres Angebot war der zweite außergewöhnliche Moment an diesem Abend, was es in den letzten Jahren niemals gab.

Wer sich allerdings an die Anpassungen der Satzungen für Entwässerung/Abwasser und Wasserversorgung der letzten Jahre erinnert (die per Saldo in der Regel fast immer mit Preiserhöhungen verbunden waren), hat noch die stets bedauernden Worte aus der CSU-Fraktion im Ohr: Sinngemäß würden die vergleichsweise hohen Tarife für Wasser/Abwasser ansiedlungswillige Familien und Unternehmer von Bad Berneck abschrecken. Vielleicht sollte das unausgesprochen bei der Investition in Höhe des Lippolt-Angebots von einer knappen Viertelmillion Euro aber auch nicht mehr so schwer wiegen wie früher. Denn das Projekt wird voraussichtlich mit einer Quote von 80 Prozent über die RZWas 2018 gefördert. Deshalb würde der Mehrpreis per Umlage auf den Wasserpreis doch nur zu einem Fünftel durchschlagen. Allerdings würde dann jedoch auch noch der Freistaat ungefragt vom Mehrpreis betroffen.

Für eine mögliche, allumfassende Betrachtung fehlt noch ein letztes Detail am Rande. Der Geschäftsführer der Lippolt GmbH ist ein angesehener Bürger von Markt Weidenberg. Gleichzeitig gehört er als Marktgemeinderat und als einer von drei Bürgermeistern zu einer im dortigen Rat vertretenen bekannten Partei.

Aber das spielt jetzt im Vordergrund keine wesentliche Rolle mehr. Denn es ist noch kein unmittelbarer Schaden eingetreten. Das verdanken wir alle jedoch nicht dem direkten Zutun der CSU-Stadtratsfraktion sondern allein Bürgermeister Jürgen Zinnert und seinem Verwaltungsteam. Ihre rechtlichen Bedenken sahen sie bei einem Telefonat am Tag darauf mit der Aufsichtsbehörde im Landratsamt bereits spontan von dort in der Tendenz bestätigt.

Den anschließend schriftlich vorgetragenen Zweifeln an der Rechtmäßigkeit folgte noch im Juli die Bestätigung, dass das Mehrheitsvotum der sieben zu sechs Stimmen den Förderrichtlinien widerspricht und damit die Förderung hinfällig geworden wäre. Die Vergabe musste deshalb aufgehoben und entsprechend der Zuschlag dem wirtschaftlichsten Anbieter erteilt werden, der WBG aus Kulmbach.

Bürgermeister Zinnert hatte auch schon zu Beginn des Tagesordnungspunktes die Angelegenheit atmosphärisch nicht allzu hochgehängt. Beschlussaufhebungen habe es hin und wieder immer einmal gegeben, in Bad Berneck wie auch andersorts. Und das könne auch in Zukunft wieder geschehen.

CSU-Fraktionsvorsitzender Hans Kreuzer wiederholte kurz die damalige Sichtweise, Langlebigkeit könne die Gleichwertigkeit quasi ausstechen und somit eine vermeintliche



Auswahl innerhalb des Kostenschätzungsrahmen ermöglichen. Aber jetzt habe man ja die rechtliche Wertung vorliegen.

Udo Sauerstein dankte als Fraktionsvorsitzender der SPD, dass durch rasches, entschlossenes Handeln sowohl gut 20.000 Euro gespart und überhaupt noch deutlich größerer wirtschaftlicher Schaden verhindert werden konnte. Zinnert legte gegenüber den beiden CSU-Vertretern Hans Kreuzer und Christian Heidenreich vor der abschließenden Abstimmung noch einmal sein Unverständnis dar. Denn wäre alles den CSU-gewünschten aber rechtswidrigen Weg gelaufen und wäre bei der späteren Prüfung das ASK-Nebenangebot „entdeckt“ und beanstandet worden, wäre die Rückzahlung der sechsstelligen Förderzuwendung von knapp 200.000 Euro unumgänglich geworden. Bei rechtzeitiger Kommunikation mit der Verwaltung hätte noch alles vor der Juli-Sitzung rechtzeitig geklärt werden können.

Nach Aufhebung der rechtlich unhaltbaren Vergabe erhielt das ASK-Nebenangebot in Höhe von 227.630,67 Euro den endgültigen Zuschlag. Zu der ganzen Geschichte muss jede\*r sich die eigene Meinung und Einschätzung bilden. Den Mitgliedern der CSU-Ratsfraktion bleiben vermutlich Nachfragen aus der Bevölkerung nicht gänzlich erspart. Denn die lokale und regionale Presse wird ab morgen mit größerer Reichweite über die Angelegenheit berichten, als dies unsere Homepage und Facebook-Seite vermögen.

August 2020

Albrecht Diller